SOZIALES

Fachmesse war mit 37 000 Besuchern ein Erfolg

SoVD Niedersachsen präsentierte sich auf der Altenpflege + ProPflege

Rund 37 000 Besucherinnen und Besucher und 721 Aussteller aus 18 Ländern waren bei der Messe „Altenpflege+ProPflege 2006“ vom 14. bis 16. Februar in Hannover dabei. Die Veranstalter von Vincentz Network zeigten sich mit der bisher höchsten Ausstellerzahl und dem guten Besucherzuspruch zufrieden. Zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zeigte auch der SoVD Niedersachsen was er für seine Mitglieder und solche, die es werden wollen zu bieten hat. Die Standbetreuerin Meike Janßen, Abteilungsleiterin Sozialpolitik, führte Fachgespräche und beriet zu Fragen des Sozialrechts.

Insgesamt umfasste die Ausstellung vor allem Produkte und Dienstleistungen zu Pflege und Rehabilitation, Organisation und Wohnen, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Hauswirtschaft und Ernährung.

Ein Europa-Forum befasste sich mit Marktchancen und Perspektiven beim grenzüberschreitenden Wettbewerb in der Pflegebranche. Den Blick auf innovative Zukunftsprojekte zu richten, forderte der Gerontologe Prof. Rolf Hirsch aus Bonn in seinem gut besuchten Vortrag: „Wir brauchen mehr Alternativen zu Pflegeheimen, zum Beispiel Haus- und Wohngemeinschaften, Seniorenwohnungen oder Pflegehotels.“

In Kooperation mit dem Deutschen Pflegerat wurde der 5. Deutsche Pflegetag während der Messe veranstaltet, der alle maßgeblichen Berufsgruppen zum Erfahrungsaustausch zusammenführte. Der Fachkongress Altenpflege thematisierte die aktuellen Entwicklungen auf dem Pflegemarkt. Die Sonderschau Lebensräume beschäftigte sich mit dem Schwerpunkt Wohnwelten und Wohnformen der Zukunft: Produkte, die den Alltag älterer und pflegebedürftiger Menschen erleichtern sollen. Dazu zählten Betten, Treppenlifte und Badezimmermöbel, die heutzutage nicht nur funktionell, sondern auch ansprechend im Design sind.

som

Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) informierte auf Fachmesse in Hannover

Gewalt und Tötung bei häuslicher Pflege selten bekannt

Bei Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen hat das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) eine große Verunsicherung festgestellt, seit in den Medien immer wieder über Tötungsdelikte in der Pflege berichtet wurde. „Häufig wird suggeriert, dass diese Delikte aufgrund systematischer Fehler ermöglicht werden“, sagte dazu der KDA-Vorstandsvorsitzende Dr. Hartmut Dietrich auf einer Pressekonferenz während der Fachmesse „Altenpflege+ProPflege 2006" in Hannover. Auch die Pflegebranche selbst reagiere verunsichert auf den „Druck von allen Seiten“.

Das KDA hat beobachtet, dass eine zunehmende Zahl von Angehörigen sich große Sorgen macht, ob ihre Mütter oder Väter in einem Heim leben können. Die steigenden Kosten der Pflege, verbunden mit den negativen Meldungen in den Medien, ließen in den Köpfen der Verbraucher ein immer schlechteres Bild von der Qualität der Pflege entstehen, dem man stärker entgegentreten müsse. „Die meisten Pflegeeinrichtungen leisten eine gute Pflege.“. "Man hilft keinem", so Dr. Dietrich weiter, „wenn Heime und ihre Beschäftigten in der Öffentlichkeit an den Pranger gestellt werden."

Die KDA-Pflegeexpertin Christine Sowinski hat festgestellt, dass die Verbraucher im Pflegealltag auch Situationen registrieren, in denen Pflegekräfte überfordert sind. „Doch das allein und die gern zitierten schlechten Rahmenbedingungen in der Pflege lassen Pflegekräfte nicht zu Mördern werden", erklärte die Psychologin. „Die Analysen der Gutachten bisheriger Tötungsdelikte haben gezeigt, dass Überforderung, aber auch Mitleid in der Regel keine Rolle bei Delikten spielten. Die Motive bleiben meist rätselhaft oder liegen in einer gestörten Persönlichkeit begründet, verbunden mit dem Drang, Macht ausüben zu wollen", so die Psychologin. Das KDA kennt die teilweise schwierigen Rahmenbedingungen in der Pflege sehr genau, doch wehrt es sich dagegen, dass durch eine zum Teil unzureichende Darstellung der Zusammenhänge im Pflegegeschehen eine ganze Berufsgruppe pauschal in der Öffentlichkeit in Misskredit gerät. Die Organisation rät jedoch zu mehr Transparenz und mehr Dialog mit den Angehörigen.

Die Risiken für gewalttätige oder sogar tödliche Zwischenfälle erläuterte die KDA-Kuratorin Ruth Schwerdt: „Das sensible Verhältnis zwischen Pflegenden und Pflegebedürftigen birgt immer Gefahren in sich, auch die der Gewalt. Aggressionen sind aber normal und müssen zugelassen, aber dürfen nicht ausgelebt werden", sagte die Professorin für Pflegewissenschaft.

In der häuslichen Pflege seien Fälle von Tötung und Gewalt kaum bekannt. „Hier bewegen wir uns häufig in einer Grauzone“, so Prof. Schwerdt. „Sicher sind hier die gleichen Phänomene wie in der professionellen Pflege zugrunde zu legen. Da bei der häuslichen Pflege aber in der Regel direkte Angehörige gepflegt werden, ist die Hemmschwelle für Delikte sehr viel höher.“

som

SoVD Wesermarsch: Wir haben geholfen!

Herr R. geht ohne Abzüge in die Rente

Herr R. aus Nordenham bat den SoVD Wesermarsch erstmals am 1.11.2004 um Unterstützung: Er leidet an einer chronischen Polyarthritis (rheumatische Erkrankung). Bis zur Anhörung durch das Niedersächsische Landesamt Oldenburg vom 20.10.2004 war diese Erkrankung mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 bewertet. Da eine stabile Vollremission, also eine Verbesserung, bestünde, teilte das Niedersächsische Landesamt Oldenburg mit, dass es beabsichtige, den GdB von 50 auf 40 herabzusetzen.

Sozialberaterin Bettina Ashauer vom SoVD Wesermarsch hat Herrn R. dahingehend beraten, dass eine ärztliche Stellungnahme benötigt werden würde, die sein Begehren unterstützt. Am 17.11.2004 übersandte der SoVD Wesermarsch die ärztliche Stellungnahme mit der Bitte um positive Bescheiderteilung. Am 10.1.2005 kam ein negativer Bescheid über die Herabsetzung des GdB von 50 auf 40. Daraufhin legte der SoVD Wesermarsch Widerspruch ein, den er nach Einholung aller ärztlichen Unterlagen im Juni 2005 begründete.

Inzwischen erlitt Herr R. einen neuen Polyarthritis-Schub. Diese gesundheitliche Entwicklung teilte der SoVD Wesermarsch umgehend mit und belegte dies mit neuen ärztlichen Unterlagen. Am 29.8.2005 wurde Herrn R. ab dem 1.2.2005 ein GdB von 50 zugesprochen. Gegen den Zeitpunkt der Feststellung legte der SoVD Wesermarsch erneut Widerspruch ein und forderte die durchgängige Anerkennung des GdB von 50 ab 1.9.2000. Mit Erfolg: Am 7.10.2005 kam der Ergänzungsbescheid über die Anerkennung der Schwerbehinderung ab dem 1.9.2000. Herr R. hat somit die Möglichkeit, im Alter von 60 Jahren ohne Abzüge in die Rente zu gehen.

Mit einer Kundgebung unter dem Motto „Jeder bringt 10" (Unterschriften) auf dem Kröpcke in Hannover hat der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN) nochmals auf das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes aufmerksam gemacht. Außer dem BVN-Geschäftsführer Hans-Werner Lange sprachen die Landtagsabgeordneten Ursula Helmhold (Bündnis 90/Die Grünen) und Walter Meinhold (SPD) und machten auf die verfehlte Sozialpolitik der Landesregierung aufmerksam. Trotz eisiger Kälte kamen viele Bürgerinnen und Bürger an die Stände, um ihre Unterschriften für das Volksbegehren zu leisten. Mit einer rekordverdächtigen Zahl meldete sich jetzt der ehemalige Landesgeschäftsführer und Langenhagener SoVD-Vorsitzende Lothar Schuldt: Er hat in seiner wöchentlichen Sprechstunde bereits mehr als 600 Unterschriften zusammengetragen. Noch bis April sollen die Sammlungen andauern.

SPA zu Gast bei DRV

Gemeinsam für die Rente

Neuer Name, altes Haus: Die frühere Landesversicherungsanstalt für Angestellte in Laatzen (LVA) ist in einer veränderten Organisationsstruktur aufgegangen und heißt jetzt Deutsche Rentenversicherung (DRV) Hannover-Braunschweig. Der Titel Deutsche Rentenversicherung beinhaltet vor allem, dass alle Versicherten – egal, ob Arbeiter oder Angestellter – sich künftig an alle Beratungsstellen wenden können und es für sie keine Rolle mehr spielt, wer ihre Anträge bei der DRV auf Reha oder Rente bearbeitet. Die Rolle der Versichertenältesten oder Versicherungsberater bleibt unverändert. Dies waren die wichtigsten Neuerungen, die die DRV Hannover-Braunschweig jetzt dem Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) des SoVD Niedersachsen in einer ausführlichen Arbeitssitzung in Laatzen vorgestellt hat.

Dem SPA standen als Gesprächspartner außer den drei Geschäftsführern Dr. Manfred Benkler, Jörg Kayser und Dr. Ralf Kreikebohm auch mehrere Referatsleiter zur Verfügung. Kernpunkt des Austausches war das Thema Witwenrente. Der SoVD hat bereits mehrfach vor einer Kürzung der Hinterbliebenenrente gewarnt. Grundsätzlich wird dies bei der DRV genau so gesehen, doch Dr. Kreikebohm gab zu bedenken: „Die Erwerbsbiografien der Menschen ändern sich. Es gibt immer mehr Frauen, die viele Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Diese Beiträge sollten künftig angerechnet werden.“

Gelobt wurde das Aktionsprogramm des SoVD für eine Erwerbstätigenversicherung; eine politische Bewertung wollte die Geschäftsführung der DRV Hannover-Braunschweig jedoch nicht abgeben.

som

Geschäftsführender Landesvorstand diskutiert über zentrale Themen

Das Mitglied im Mittelpunkt

Ausgiebig diskutierte der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) auf seiner ersten Sitzung des Jahres über die wichtigen und zukunftsweisenden Punkte, die den SoVD Niedersachsen weiterhin beschäftigen werden. Auch in diesem Jahr fand die erste Klausurtagung traditionell in Westerstede statt.

So wird die Verselbstständigung des SoVD Niedersachsen auch weiterhin ein zentrales Thema bleiben und die Umsetzung mit Hochdruck verfolgt, um die damit verbundenen Vorteile bald nutzen zu können. Selbstverständlich haben die Mitglieder weiterhin uneingeschränkt Anspruch auf die Leistungen des Gesamtverbandes. Wichtig dabei ist, dass den Mitgliedern keine Nachteile dadurch entstehen – der SoVD Niedersachsen aber seine organisatorische Selbstständigkeit bekommt. Auch die vieldiskutierte Fusion mit unserem Partnerverband, dem VdK, war ein Thema. Hierzu werden Gespräche auf Landesebene geführt, um die Interessenslagen auf Bundesebene zu bündeln.

In diesem Jahr werden in allen SoVD-Kreisverbänden die Kreisverbandstagungen stattfinden, die dazu beitragen, den Zusammenhalt im SoVD Niedersachsen weiter zu festigen und positive Signale für die Landesverbandstagung im Jahr 2007 zu setzen. Dirk Swinke, stellvertretender Landesgeschäftsführer: „Ob auf Landes-, Kreis- oder Ortsverbandsebene – das Handeln aller haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter dient dazu, den unterschiedlichen Mitgliederinteressen gerecht zu werden und unser Gewicht als größter Sozialverband in Niedersachsen in das politische Geschehen einzubringen.“